

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Staatskanzlei](#) › [Bayern in Berlin](#) › **Plenarsitzungen im Bundesrat**

Bundesratssitzungen

Sitzung des Bundesrates am 14. Februar 2025

14. Februar 2025



In der **letzten, noch in die laufende Bundestags-Legislaturperiode fallenden Plenarsitzung** billigte der **Bundesrat** noch mehrere **Gesetzesvorhaben**, darunter das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** (Kontinuität, Flexibilisierung und Ausweitung der Förderung von Biogasanlagen) sowie die **Entbudgetierung hausärztlicher Leistungen** (keine mengenbegrenzenden und honorarmindernden Vorgaben mehr), jeweils **mit Unterstützung Bayerns**.

Wie in den Vorjahren **verurteilte** der **Bundesrat** anlässlich des – jetzt dritten – **Jahrestages** auf das Schärfste den **russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine** und unterstrich die Unterstützung der Ukraine.

Bayerns **Bauminister Christian Bernreiter** stellte die bayerische **Bundesratsinitiative** zur **Reform der Finanzierung von Infrastruktur für den Schienenpersonennahverkehr** vor.



Staatsminister Christian Bernreiter bei seiner Rede im Bundesrat.

Ziel ist, dass **Bund** und **Bahn** ihrer **Verantwortung** nachkommen und ein **ausreichendes Finanzierungsregime** zum **Ausbau der Schieneninfrastruktur** etablieren sollen, um dadurch ein **Scheitern wichtiger Projekte zu vermeiden**. [mehr](#)

[zum Video](#)

[zur BR-EntschlieÙung / Antrag Bayerns](#)

Der schreckliche Angriff am 22. Januar 2025 in Aschaffenburg reiht sich ein in die tragischen Vorfälle von Magdeburg, Solingen, Mannheim – und aktuell am Vortag der Bundesratssitzung in München. **Staatsminister Bernreiter** erläuterte die beiden **Bundesratsinitiativen** der Staatsregierung „**Weniger ins Land – Maßnahmen zur sofortigen Reduktion des Zuzugsgeschehens**“ und „**Mehr aus dem Land – Maßnahmen für eine konsequente Rückführungspolitik**“. Bayern fordert, endlich Konsequenzen zu ziehen und eine **klare Wende in der Migrationspolitik** zu vollziehen. Es geht darum, das Zugangsgeschehen sofort zu reduzieren und die Rückführungssituation grundlegend zu verbessern. [mehr](#)

[zum Video](#)

[zur BR-EntschlieÙung „Weniger ins Land – Maßnahmen zur sofortigen Reduktion des Zuzugsgeschehens“ / Antrag Bayerns](#)

[zur BR-EntschlieÙung „Mehr aus dem Land – Maßnahmen für eine konsequente Rückführungspolitik“ / Antrag Bayerns](#)

[zu einer weiteren, gemeinsam mit Sachsen-Anhalt eingebrachten EntschlieÙung zur bundesweiten Vernetzung der Erkenntnisse zwischen Sicherheits-, Gesundheits-, Waffen- und auch Ausländerbehörden, um potentielle Straftäter frühzeitig zu identifizieren](#)



Von der Länderkammer verabschiedet wurde eine weitere **Initiative der Staatsregierung**, wonach der **Bund aufgefordert** wird, **Wort zu halten und sich an Kosten der Starkregen- und Hochwasserereignisse der vergangenen Monate zu beteiligen**. Diese haben auch den Freistaat Bayern stark getroffen und beträchtliche Schäden verursacht. Die Staatsregierung hat den Betroffenen von Beginn an schnelle und unbürokratische Hilfen gewährt und zügig ein umfassendes Hilfs- und Maßnahmenpaket beschlossen. Bei der **Bereitstellung tragfähiger Hilfen sowie der Beseitigung der durch solche Katastrophen entstandenen Schäden** dürfen betroffene **Länder in einem föderalen Bundesstaat aber nicht im Stich gelassen** werden. Der **Bundeskanzler** hat in der Pressekonferenz nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom 20. Juni 2024 ausdrücklich betont, dass sich im Zusammenhang mit derartigen Naturkatastrophen eine geübte Praxis der Solidarität etabliert habe. Diese ist vor allem auch durch ein **gesamtstaatliches Zusammenstehen von Bund und Ländergemeinschaft auch in finanzieller Hinsicht** geprägt. Es ist **zwingend erforderlich**, dass die **Bundesregierung dieser Zusage zur solidarischen Kostentragung endlich Taten folgen lässt** und die hierfür notwendigen Schritte zeitnah anstößt.

[zur Bundesrats-Entschließung auf Antrag Bayerns](#)

[zu den bayerischen Voten](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

